

LIVETICKER**UKRAINE-NEWS**

Russischer Botschafter wirft Berlin vor, „rote Linie“ überschritten zu haben

Stand: 10:30 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Deutschland habe mit den Waffen-Lieferungen an die Ukraine eine „rote Linie“ überschritten, heißt es von Sergej Netschajew, dem russischen Botschafter in Berlin. Die gute bilaterale Beziehung zwischen den Ländern sei zerstört. Mehr im Liveticker.

Der russische Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, hat schwere Vorwürfe gegen Deutschland wegen der Waffenlieferungen zur Verteidigung der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg erhoben. „Allein die Lieferung tödlicher Waffen an das ukrainische Regime, die nicht nur gegen russische Soldaten, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung im Donbass eingesetzt werden, ist eine ‚rote Linie‘, die die deutsche Regierung (...) nicht hätte überschreiten dürfen“, sagte Netschajew in einem Interview der russischen Tageszeitung „Iswestija“. Er verwies dabei auf die „moralische und historische Verantwortung Deutschlands für die Verbrechen des Nazismus im Zweiten Weltkrieg“.

Die deutsche Regierung habe im Zuge der Ukraine-Krise die guten bilateralen Beziehungen zu Russland zerstört und höhle den Versöhnungsprozess zwischen den Völkern aus. Laut Netschajew ist Deutschland eine der treibenden Kräfte bei der Sanktionspolitik des Westens gegen Russland. Der Botschafter sprach deswegen Berlin eine Vermittlerrolle in dem Konflikt ab.

Im Zuge des russischen Einmarsches im Februar wurden große Gebiete der Ukraine – sowohl an der Front als auch im Hinterland – bombardiert und zivile Infrastruktur zerstört. Tausende Zivilisten wurden getötet.

Alle Entwicklungen im Liveticker:

10:09 Uhr – Die aktuelle Lage in der Ukraine

09:50 Uhr – Xi trifft Putin auf erster Auslandsreise seit Langem

Nach Angaben des russischen Botschafters in Peking wird der chinesische Staatschef Xi Jinping am Rande des zweitägigen Gipfels der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) im usbekischen Samarkand am Donnerstag und Freitag mit Russlands Präsident Wladimir Putin zusammentreffen. Es ist die erste persönliche Begegnung der beiden Staatsführer seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine. In dem Konflikt hat sich China hinter Putin gestellt und beschreibt die USA und die Nato als Hauptverursacher der Krise.

09:25 Uhr – Kühnert dämpft Erwartung an deutsche Panzer-Lieferung

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert dämpft Erwartungen an deutsche Panzer-Lieferungen an die Ukraine. „Sehr wohl unterstützen wir aber mit den osteuropäischen Partnern den Ringtausch“ sagt Kühnert auf RTL/ntv mit Blick auf das laufende Verfahren und verweist darauf, dass bisher kein Staat westliche Panzer geliefert habe. Zudem gelte weiter die Aussage, „dass wir nicht schleichend hineingezogen werden wollen in den Krieg, dass wir Russland nicht dazu animieren wollen, völlig irrational am Ende zu handeln und noch ganz andere Staaten anzugreifen.“ Das sei ein wichtiger Aspekt in der Auseinandersetzung. Und dieser Aspekt müsse – „bei allem heißen Herzen“ – immer auch bedacht werden. Angesichts der ukrainischen Gegenoffensive hatten sich zuletzt die Stimmen in Deutschland gemehrt, der Regierung in Kiew weitere schwere Waffen zu liefern inklusive Kampfpanzern wie den Leopard 2 aus deutscher Fertigung.

08:40 Uhr – EU setzt Visa-Erlichterungen für Russen aus

Russische Bürger profitieren von diesem Montag an nicht mehr von einer erleichterten Visa-Vergabe für Reisen nach Deutschland ([/politik/deutschland/plus240446053/Keine-Visa-fuer-Russen-Warum-Deutschland-dieses-gewaltige-Druckmittel-scheut.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/plus240446053/Keine-Visa-fuer-Russen-Warum-Deutschland-dieses-gewaltige-Druckmittel-scheut.html)) und in andere Staaten des Schengen-Raums. Das zwischen der EU und Russland geschlossene Abkommen zur Erleichterung der Visa-Vergabe ist nach einem Beschluss der EU-Staaten von vergangener Woche für russische Staatsbürger nun komplett ausgesetzt. So soll die Zahl der neuen Visa für Russen deutlich sinken. Zum Schengen-Raum gehören 22 EU-Staaten und 4 weitere europäische Länder.

Die Antragsgebühr für ein Visum beträgt ab sofort 80 statt 35 Euro. Zudem ist mehr Papierkram erforderlich, die Bearbeitungszeit wird länger und die Ausstellung von Visa für

die mehrfache Einreise wird eingeschränkt.

Die EU-Kommission gab den EU-Staaten am Freitag Leitlinien zur Visavergabe an die Hand und stellte klar, dass die „Konsulate eine strikte Bewertung der Sicherheitsrisiken vornehmen“ sollten. Dies könnte dazu führen, dass die Ausstellung von Visa verweigert werde und bestehende gültige Visa aufgehoben werden. Die Staaten hätten „großen Ermessensspielraum sowie eine Grundlage für eine eingehendere Prüfung von Anträgen“.

Zugleich stehe die EU Antragstellern weiter offen, „die aus dringenden Gründen reisen, insbesondere Familienangehörigen von EU-Bürgern, Journalisten, Dissidenten und Vertretern der Zivilgesellschaft“. Für sie könnten die Mitgliedstaaten die Visagebühr beispielsweise reduzieren oder komplett erlassen.

Das Visaabkommen zwischen der EU und Russland gilt seit 2007. Kurz nach Beginn des Krieges in der Ukraine am 24. Februar wurden die Erleichterungen bereits für Geschäftsleute, Regierungsvertreter und Diplomaten außer Kraft gesetzt.

07:59 Uhr – Strack-Zimmermann fordert deutsche Kampfpanzer für die Ukraine

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), hat die Lieferung von deutschen Kampfpanzern an die Ukraine gefordert. Deutschland müsse die Erfolge der Ukraine bei ihrer Gegenoffensive mit dem Schützenpanzer Marder und auch mit dem Kampfpanzer Leopard II unterstützen, sagte die FDP-Politikerin im ARD-„Morgenmagazin“. „Das ist unglaublich wichtig und sollte sofort passieren“.

07:39 Uhr – Kremlkandidaten siegen bei Regionalwahlen in Russland

Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine haben die Kandidaten des Kremls bei den Regionalwahlen in Russland zumeist deutliche Siege eingefahren. So siegten nach Angaben der zentralen Wahlkommission alle 14 amtierenden Gouverneure, die sich zur Abstimmung gestellt haben, wie die staatliche Nachrichtenagentur Tass am Montag mitteilte. Auch in den

meisten Regional- und Stadtparlamenten stellt die Kremlpartei „Geeintes Russland“ die Mehrheit. Abgestimmt wurde von Freitag bis Sonntag in mehr als 80 russischen Regionen.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twhCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

AFP/dpa/Reuters/saw

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240998277>